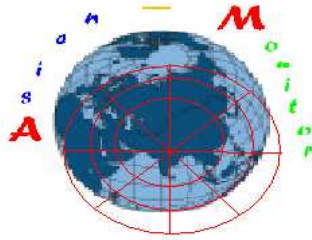




WESTFÄLISCHE
WILHELMS - UNIVERSITÄT
Institut für Politikwissenschaft
Professur für die Politik Südasiens



ASIEN-MONITOR 6/2007

Der ASIEN-MONITOR analysiert und bewertet regelmäßig aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Asien und greift dabei auf die in Münster versammelte Expertise (Politikwissenschaft, Ethnologie, Geschichte, Sinologie) zurück. Er wird von der Professur für die Politik Südasiens am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Susanne Feske veröffentlicht.

Georgien: Rückkehr des Autoritarismus oder das Missverständnis der Eliten

Die letzten Ereignisse in der Hauptstadt der Kaukasusrepublik Georgien haben Zweifel über die Echtheit der demokratischen Natur der georgischen Elite ausgelöst und die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft innerhalb kurzer Zeit auf die Republik konzentriert. Georgien, ein Land mit einer Bevölkerung von knapp fünf Millionen Einwohnern, strebt seit dem Machtantritt von Michael Saakaschwili nach Integration in die euroatlantischen Sicherheitsstrukturen und wurde bisher von internationalen Organisationen als das reformfähigste Land der Region bezeichnet. Als erste der postsowjetischen Republiken, die einen Elitenwechsel durch eine demokratische Revolution erlebt haben, wurde Georgien seitdem in Europa und den USA als Vorbild für Transformation vom Autoritarismus zur liberalen Demokratie und Marktwirtschaft gelobt.

Ausgelöst wurden die Demonstrationen von etwa 70000 Menschen vor dem Parlamentsgebäude in Tiflis durch die Verhaftung des ehemaligen Verteidigungsministers und die Schließung unabhängiger Fernsehsender von Rustavi und Imedi, die übrigens 2003 eine wichtige Rolle bei dem Regimewechsel gespielt hatten, jetzt aber die Regierung Saakaschwili kritisieren.

Die Unruhen in Georgien sind nicht nur durch die Beschränkung der Redefreiheit der Regierung verursacht worden. Die Ereignisse beschleunigten nur den Protest der mit der Regierung unzufriedenen Gesellschaftsgruppen.

Zwar hat Saakaschwili die Situation in Georgien im Vergleich zu Schewardnadses Zeit wesentlich verbessert, dennoch blieben viele Probleme ungelöst. Unter seiner Amtszeit hat Georgien vor allem sein Image als ‚zerfallender Staat‘ verloren. Saakaschwili hat Kriminalität und Korruption gekämpft und reduziert, sehr viele Ämter abgeschafft, Georgiens Souveränität in Adscharien restauriert und effektive Staatlichkeit im Lande geschaffen. Saakaschwilis Regierung hat das Steuersystem vereinfacht und den Staatsapparat verkleinert. So wurden unter seiner Amtszeit 40 Prozent der Beamten in Pension geschickt, die Verkehrspolizei drastisch reduziert. Im Ergebnis hat sich das Bruttoinlandsprodukt seit 2003 verdreifacht, die Zahl der Unternehmen gar vervierfacht. Das Wirtschaftswachstum Georgiens

liegt bei 14 Prozent. Nach einer Statistik der Weltbank ist Georgien eines der liberalsten Länder der Welt geworden.

Die Reformen haben natürlich auch Auswirkungen auf die Bevölkerung. So ist das Leben für bestimmte Gesellschaftsgruppen noch härter geworden, Privatisierung und Abschaffung von Staatsämtern haben viele Leute arbeitslos gemacht. In der Landwirtschaft, ein wichtiger Beschäftigungssektor in Georgien, kommen Reformen nur langsam in Gang, vor allem das Wirtschaftsembargo Russlands hat das Leben in den Regionen im Vergleich zur Vorgängerregierung unter Schewardnadse erschwert.

Hinzu kommt der autoritäre Charakter des Präsidenten gegenüber seinen Konkurrenten. Vor zwei Wochen erklärte der Verteidigungsminister, der bei Saakaschwilis Machtantritt zu seinen loyalsten Anhängern zählte, dass der Präsident selbst hinter dem Mord an dem Staatsminister Zurab Schwanija stecke. Dieser starb 2003 vermutlich an einer Gasvergiftung. Nach Angaben der Opposition ist die Verhaftung des ehemaligen Verteidigungsministers nur ein Fall politisch motivierter Verhaftungen von Kritikern Saakaschwilis.

Weitere Gründe für die starke Mobilisierung der Bevölkerung sind Saakaschwilis mangelnde Kritikfähigkeit gegenüber den Medien. Seine Unfähigkeit die Beziehungen mit Russland zu verbessern oder Georgiens territoriale Souveränität über Abchasien oder Südossetien zu restaurieren sind nicht die Hauptkritikpunkte der Demonstranten. Dabei wird seine Haltung gegenüber Russland von der Opposition nicht ernsthaft kritisiert.

Die Unruhen in der Hauptstadt seien von russischen Sicherheitsdiensten organisiert worden. Die Regierung ist fast paranoid im Verhältnis zu Russland und versucht, Russland für die innenstaatliche Unzufriedenheit verantwortlich zu machen. Badi Patarkaschwili, der reichste Mann Georgiens und Inhaber der jetzt geschlossenen Imedi TV, wird als Verräter und Putins Mann angesehen. Er soll die Opposition finanziert haben und hat der georgischen Regierung ermöglicht zu argumentieren, die Unruhen seien von russischen Streitkräften organisiert worden. Die Regierung hat auch ihre Entscheidung, den Ausnahmezustand auszurufen, mit einem Putschversuch der Opposition erklärt.

Eine Lösung der georgisch-russischen Beziehungen scheint derzeit nicht in Sicht. Es wird sie auch wahrscheinlich innerhalb der Amtszeit von Saakaschwilis Regierung nicht geben. Um eine Verstärkung der Opposition zu verhindern und seine Demokratiebestrebungen nicht zu verderben, hat Saakaschwili gekündigt, die Präsidentschaftswahlen vorzuziehen und so die Forderung der Opposition erfüllt. Es ist aber höchst wahrscheinlich, dass Saakaschwili schon in der ersten Runde der Wahlen wiedergewählt wird, da die Opposition zurzeit keinen starken Kandidaten hat. Ausserdem liegt Saakaschwilis Popularität in den Meinungsumfragen nach wie vor über 50 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit eines Regimewechsels ist also sehr gering.

AUTOR:

Kavus Abushov, M.A.

Kavus Abushov hat Politikwissenschaft und Völkerrecht in Baku, Aserbaidshan studiert und promoviert an der Graduate School of Politics in Münster („Regional Security in South-Caucasus“).

HERAUSGEBER:

Prof. Dr. Susanne Feske, ifpol

Prof. Dr. Susanne Feske ist Professorin für die Politik Südostasiens am Institut für Politikwissenschaft der Uni Münster. Susanne Feske leitet zusammen mit Prof. Dr. Josephus Platenkamp vom Institut für Ethnologie die Forschungsgruppe „Transformation & Konflikt“ an der Graduate School of Politics. Ihre Forschungsschwerpunkte sind China und Südostasien, japanische Außenpolitik, Rüstung und Rüstungskontrolle in Asien sowie die Theorien der Internationalen Beziehungen.

Katharina Glaab, ifpol

Katharina Glaab hat Politikwissenschaft, Sinologie und Geschichte in Münster und Peking studiert und forscht zu China und Ostasien, Energie- und Sicherheitspolitik.

Stephan Engelkamp, ifpol

Stephan Engelkamp hat Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft in Münster und Straßburg studiert und promoviert an der Graduate School of Politics zu traditionellen Herrschaftskonzepten in Südostasien.

KONTAKT:

WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER

INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT

Scharnhorststraße 100, 48151 Münster

Sekretariat: (0251) 83 - 29357

Telefax: (0251) 83 - 29356

Durchwahl: (0251) 83 – 25319, Telefon (privat): (0251) 2652068

Email: feske@uni-muenster.de,

Internet: www.ifpol.de und www.uni-muenster.de/GraSP/forschung/gruppen/transformation.html